

OUTLINE

... NEWS, FACTS & EVENTS AUS MV

<i>Stop them all – Nazis und Rechtspopulist*innen engegentreten</i>	Seite 2
<i>Elitär und anti-demokratisch - Die AfD propagiert eine marktradikale Wirtschaftspolitik.</i>	Seite 4
<i>Neofaschismus in Mecklenburg-Vorpommern</i>	Seite 7
<i>Was kann und soll ein NPD-Verbot leisten? Ein Kommentar</i>	Seite 8
<i>Frauen in der neofaschistischen Szene: „Auf die sanfte Tour“</i>	Seite 10
<i>Literaturtipp: „Frauen und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“</i>	Seite 14
<i>Aufkleber, Flyer, Plakate und co. - Jetzt Material bestellen!</i>	Seite 15



Vorwort zur sechsten Ausgabe

Es ist schon etwas her, als die letzte Nummer unserer Projektzeitung 'Outline' herausgekommen ist; dafür ist das aktuelle Heft mit 16 Seiten aber auch doppelt so dick wie die vergangene Ausgabe. Das sechste Heft steht ganz im Zeichen der Landtagswahlen, die Anfang September in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Vor dem Hintergrund unserer aktuellen Kampagne „Stop them all – Nazis und Rechtspopulist*innen entgegentreten“ beschäftigen wir in einem Beitrag mit der AfD. Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in der Broschüre „Zur Kritik an der Alternative für Deutschland“.

In dem aktualisierten Artikel „Neofaschismus in Mecklenburg-Vorpommern“ befassen wir uns unter anderem mit der Verbindung von rechtsextremen Parteien, wie der NPD, und der sogenannten „freien“ Szene in M-V.

Der ausführliche Artikel „Auf die sanfte Tour“ thematisiert Frauen in der neofaschistischen Szene. Der Beitrag ist geschrieben worden von der Rechtsextremismusexpertin Andrea Röpke und wurde zuerst veröffentlicht bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB). Wir haben ihn nach einer creativecommons Lizenz in unser Heft aufgenommen.

Genauso umstritten wie aktuell ist das Thema eines möglichen NPD-Verbots. In einem Kommentar beschäftigen wir uns mit dem Für und Wider eines Verbots der größten neofaschistischen Organisation in der Bundesrepublik.

Der Verein „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ hat das Informationsheft „Frauen und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“ herausgebracht. Ein letzter inhaltlicher Beitrag unseres Heftes erläutert Inhalt und Zweck dieser sehr empfehlenswerten Broschüre.

Wir hoffen für euch die richtigen Themen getroffen zu haben und wünschen euch wie immer viel Spaß bei der Lektüre. :-)

Titelbild: *Am 27. April diesen Jahres demonstrierten rund 350 Schüler*innen unterstützt durch viele Lehrer*innen und Initiativen gegen Rechts in Güstrow unter dem Motto „Jugend gegen Rassismus“.*

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: *Janin Krude*

Redaktion: *Marko Neumann
und Janin Krude*

Kontakt: *infonordost[at]systemausfall.org*

Internet: *http://outline.blogspot.de/*

Facebook: *facebook.com/portalnordost*

Hinweis: *Namentlich gekennzeichnete Beiträge sowie Artikel anderer Gruppen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung der Redaktion.*



Aufruf: „Stop them all! - Nazis und Rechtspopulist*innen entgegentreten!“

Nazis raus aus den Köpfen

Während sich die NPD in der Öffentlichkeit gerne als eine Kümmerer-Partei, die sich um die Belange der einfachen Menschen kümmert, in Szene setzen will, hetzen ihre Spitzenpolitiker*innen regelmäßig gegen Migrant*innen, alternative Jugendliche, Homosexuelle und andere Minderheiten. Die NPD ist eine rassistische und antidemokratische Partei, die den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen leugnet. Im Landtag, aber auch in Kommunalparlamenten hat die NPD immer wieder bewiesen, dass sie nicht an den Problemen der Menschen interessiert ist, sondern lediglich eine Plattform sucht, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Das Konstrukt der „Volksgemeinschaft“, welches die Nazis propagieren, bedeutet immer Ausgrenzung von Menschen. Der NPD und ihren Sympathisant*innen setzen wir ein solidarisches Miteinander entgegen. Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, einem Bundesland in dem die NPD relativ großen Einfluss gerade auch bei Jugendlichen hat, ist es besonders wichtig, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit die Stirn zu bieten.

Refugees welcome ...denn kein Mensch ist illegal!

Allzu oft bedienen sich Rassist*innen von AfD und NPD der Gefühle und Ängste der Menschen, um Sündenböcke für tief liegende, komplexe soziale Probleme zu erfinden. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa formieren sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, die vielerorts an Einfluss gewinnen oder bereits an Regierungen beteiligt sind. Sie profitieren dabei von der zunehmenden Arbeitslosigkeit, Zukunftsängsten und sozialen Unsicherheiten großer Teile der Gesellschaft, die empfänglich machen für die vermeintlich einfachen Lösungen der Rechtspopulist*innen und Nazis.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Strategie von AfD, NPD und co. aufgeht, ein Klima des Hasses

gegen Geflüchtete zu etablieren. Der menschenverachtenden Hetze gegen Geflüchtete erteilen wir eine klare Absage. Egal ob sie heute von der NPD, morgen von der AfD oder übermorgen von anderen kommt. Wir treten im Gegensatz für eine Willkommenskultur ein. Menschen, die vor Kriegen, Genoziden, Verfolgung und Armut geflohen sind, bedürfen unserer Hilfe und Solidarität!

Gleichberechtigung für alle

Um die „deutsche Familie“ wieder „zu stärken“ will die AfD die hart erkämpfte Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper abschaffen. So sollen Frauen auf ihre Rolle als Mutter reduziert werden. Die AfD will zurück zu einem Weltbild der 1950er Jahre und steht damit der NPD in ihren rückwärtsgewandten Einstellungen in nichts nach. Sexuelle Minderheiten, wie Lesben oder Schwule, gelten sowohl für die AfD wie auch die NPD als krank. Beide Parteien wollen letztlich das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung abschaffen und alle Menschen in eine rückwärtsgewandte Geschlechterrolle zwingen.

Ob hetero, schwul, lesbisch, bi oder transgender: Wir dürfen es nicht zulassen, auf Teufel komm raus in eine vorgefertigte Schablone gepresst zu werden. Wir müssen uns selbstbewusst unsere eigenen Rollen geben, statt uns an den Erwartungen und Reaktionen anderer zu orientieren. Das überholte Weltbild von Rechtspopulist*innen und Neofaschist*innen taugt nicht für die freie Entfaltung von freien Menschen in einer solidarischen Welt, die wir anstreben.

Follow your dreams

Rassist*innen, Rechtspopulist*innen oder den Nazis geht es nicht darum tragfähige Lösungen aufzuzeigen. Stattdessen brechen sie gesellschaftlichen Problemlagen herunter auf die einfache Formel: „Ausländer raus!“. Doch das Problem sind nicht die Menschen, die nach Deutschland kommen. Das Problem ist eine Politik, die sich schon seit Jahren nicht mehr um soziale Schieflagen kümmert. Menschen, die schon länger in Deutschland leben und immer weniger haben, sollen gegen die ausgespielt werden, die gerade erst nach Deutschland gekommen sind und gar nichts haben.

Die kulturellen Erklärungsansätze für gesellschaftliche Missstände von AfD und NPD verstellen bewusst den Blick auf ihre vielfältigen sozialen und strukturellen Ursachen. Die Gründe für gesellschaftliche Probleme liegen nicht bei Minderheiten, auf die sie projiziert werden. Sie sind unter anderem im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet, welches mit dem Dogma der Profitmaximierung die Konkurrenz als einzige Form des Wirtschaftens hervorbringt und somit die Wurzel für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Massenentlassungen – sprich: die gesamte Ellenbogengesellschaft – darstellt. So wird existenzielle Unsicherheit in der Bevölkerung gestiftet, welche schnell zum Nährboden für menschenfeindliche Ressentiments und Ideologien wird.

Die Lösung dafür kann nicht darin liegen, Vorurteile und Hass zu streuen und verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Der Ausweg kann nur die gemeinsame und solidarische Überwindung dieses Systems sein! Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und Sexualität friedlich und solidarisch zusammenleben.

Für ein buntes, weltoffenes & tolerantes Mecklenburg-Vorpommern! Für die Befreite Gesellschaft und das Schöne Leben!

Stop them all! Keine Stimme der AfD & NPD! Nazis und Rechtspopulist*innen entschlossen entgretreten!

Refugees welcome ...denn kein Mensch ist illegal!

Elitär und anti-demokratisch - Die AfD propagiert eine marktradikale Wirtschaftspolitik

Von Gabriel Riesner

Kritik an der AfD bleibt im öffentlichen Diskurs meist auf rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der AfD beschränkt. Wie David Bebnowski und Lisa Julika Förster vom Göttinger Institut für Demokratieforschung erklären, sollte man jedoch nicht beim „Verweis auf die dunklen und mitunter chauvinistischen Seiten der AfD (...) verharren.“ Es ist zwar notwendig, eindeutig rassistische Positionen und Verbindungen zur extremen Rechten immer wieder aufzudecken und darüber ein Problembewusstsein in Bezug auf diese Partei zu fördern, eine fundierte Kritik kann sich jedoch nicht darauf beschränken. Vielmehr muss auch die ökonomische Logik im Innern der AfD analysiert und kritisiert werden. Der Arbeitskreis Arbeitnehmer in der AfD (AidA) stellt dazu fest, dass es zwischen den Zielen der AfD und den Zielen der Arbeitnehmervertretungen „keinen Gegensatz, noch nicht einmal die kleinste Divergenz“ gäbe. Mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der AfD, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und ihre



elitären Vorschläge zu einer Reform der Demokratie, wird jedoch rasch deutlich, dass die Politik der AfD im Gegensatz zum Interesse der arbeitenden Bevölkerung steht. [...]

Wirtschaft im Geiste der AfD – hin zum totalen Markt

Als junge Partei hat die AfD noch keine ausgereiften Partei- oder Wahlprogramme und auch eine belastbare Arbeit in den Parlamenten fehlt. Bei der Herausstellung eines wirtschaftspolitischen Profils stößt man daher an seine Grenzen. Einzelne Forderungen geben aber durchaus Aufschluss darüber, in welche Richtung die Partei denkt: Mehrheitlich ist die Basis der AfD gegen den Mindestlohn. Als Steuermodell wird das sogenannte Kirchhof'sche favorisiert, welches den aktuell bestehenden progressiven Verlauf zu Gunsten reicher Bevölkerungsschichten ablösen würde. Soziale Unterstützungsleistungen des Staates sollen beschnitten werden. Das macht deutlich, dass die AfD dem Sozialstaat gegenüber feindlich gesonnen ist. Eine halbwegs gerechte Umverteilung durch Steuern und Mindeststandards für die Mehrheit der Bevölkerung hat bei ihr keinen Platz. Die AfD hat sich als Reaktion auf die Euro-Rettungsmaßnahmen gegründet, die für sie nach wie vor ein zentrales Politikfeld darstellen. Plehwe stellt einen direkten Zusammenhang zwischen den europapolitischen Forderungen der AfD und der Finanz- und Wirtschaftskrise her. Die Situation bei

Bild Seite 2: *Fremdenfeindlicher Aufkleber „Rapefugees not welcome“.*
Bild oben: *„Einwanderung Ja. Aber...“ Wahlkampfplakat der vergangenen Bundestagswahlen der „Alternative für Deutschland“.*

Ausbruch der Krise war ein umstrittener Scheideweg. Ernsthaft zur Diskussion stand auch eine Vertiefung der europäischen Integration, was „die Befürchtung [schürte], dass am Ende der Entwicklung eine gemeinsame europäische Haftung (Eurobonds), ein europäischer Steuerstaat oder gar ein fiskal-föderales Solidarsystem stehen könnte.“ Die AfD propagiert demgegenüber eine partielle Rückentwicklung der Integration, womit sie auch exzellent in die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten unter Führung der britischen Tories passt. Abgelehnt wird dabei vor allem die gemeinsame Regelung sozial- und gesellschaftspolitischer Bereiche, während ökonomische Freiheiten befürwortet werden. Mindeststandards bei sozialen Fragen haben im Europa der AfD keinen Platz, freie Produkt- und Finanzmärkte sind dagegen willkommen. Wirtschaftspolitik mit AfD-Prägung steht für die „Revolte der Besitzstandswahrer“, wie es ein AfD-Funktionär selbst formulierte. Der Staat mit seiner Umverteilungsfunktion und sozialer Unterstützung ist in diesem Weltbild ein Akteur, der diesen Besitz bedroht. Der Vorrang einer ökonomischen Logik ist das gemeinsame Dach der verschiedenen Forderungen. Besonders deutlich wird dieses Primat des Wirtschaftlichen an der AfD-Position zur Zuwanderung. Qualifizierte ImmigrantInnen, die nützlich für die deutsche Wirtschaft sind, sind willkommen. Der ökonomische Wettbewerb des freien Marktes überwindet in diesem Sinne Grenzen – allein zum Wohle der nationalen Wirtschaft. Die Inhalte der AfD bauen auf diesem Prinzip auf, ihr politischer Erfolg erklärt sich mit der gesellschaftlichen Verinnerlichung dieser Wettbewerbslogik. Der Titel eines Aufsatzes des Sozialwissenschaftlers Horst Kahrs, „Leistung ist ihr Lieblingswort“, trifft vielleicht den Kern des Ganzen. Der ideelle Wettbewerb kennt nur Gewinnen und Verlieren – das macht ihn aus –, die individuelle Leistung entscheidet über das Ergebnis. Diese Leistungsideologie ermöglicht eine Abwertung innerhalb wie außerhalb der deutschen Gesellschaft. Nach innen wird gegen berechnete Ansprüche von TransferempfängerInnen polemisiert, nach außen ist die kalte Ignoranz gegenüber den krisengebeutelten Ländern ihre Folge. Mit dieser Polemisierung bedient sie das Leistungsgefühl der Mittelschicht und nutzt deren Abstiegsängste in einer zunehmend prekarierten Welt.

Der Populismus entfaltet genau hier seine Wirkung, denn es gelingt ihm, mit dem Marktradikalismus ein politisches Rezept zu verkaufen, welches eigentlich verantwortlich für die aktuellen prekären Verhältnisse ist. In einer Analyse für die Otto-Brenner-Stiftung charakterisieren Bebnowski und Förster den Politikstil der AfD als Wettbewerbspopulismus. Auf verschiedenen Ebenen wird deutlich, dass das Ökonomische im weitesten Sinne zentraler Faktor bei der AfD ist. Der Erfolg der AfD ist eng gekoppelt an die ökonomischen Krisenumbrüche der letzten Jahre. Die Öffentlichkeit war mit gleich drei eng getakteten Krisen konfrontiert; erst die Bankenkrise, dann die Staatsschuldenkrise und nun auch noch die Krise der Realökonomie – und wie immer neue Meldungen andeuten, ist keine davon wirklich behoben. Die durch diese Krisen verursachten vielfältigen Erschütterungen erzeugen einen „unsicheren Erwartungshorizont“, der ein Bedürfnis nach politischer Herstellung von Ordnung weckt. Die populistische Agitation findet hier mit ihren ordnungsverheißenden Angeboten einen Nährboden. Deutschland steht in dieser Krisenperiode deutlich besser da als andere Länder in Europa. Im klassischen Verständnis der Mechanismen populistischer Agitation erscheint dies erst mal paradox, denn das vorherrschende Bild – der Populismus findet seinen Zuspruch bei den VerliererInnen – trifft nicht zu. Wenn also Bebnowski und Förster schreiben, der „Wettbewerbspopulismus der AfD ist dementsprechend die spezifische deutsche Gestalt, mit der sich die Emotionen der rechten Mitte bündeln lassen“, dann meinen sie damit, dass die populistische Agitation über die Wettbewerbslogik nur im „Gewinnerland“ funktionieren kann. Der Eindruck, als Teil der nationalen Gemeinschaft zu den GewinnerInnen zu gehören, macht den Einzelnen erst empfänglich für die Propagierung des verschärften Wettbewerbs. Eine weitere Ebene des Ökonomischen, die ein Erfolgsfaktor der AfD ist, sind die zahlreichen ÖkonomInnen und WirtschaftsprofessorInnen in der Parteiführung. Der Wettbewerbspopulismus der AfD

bewegt sich innerhalb der ökonomischen Logik und gestaltet auch das Programm danach, was der Agitation der ÖkonomInnen erst die nötige Authentizität verleiht, die den Erfolg erst ermöglicht.

Der AfD ist es gelungen, politische Fragen in wirtschaftswissenschaftliche umzudeklarieren und sich darüber als Alternative zu allen anderen Parteien darzustellen. Gemeinhin spricht man hierbei von Antipolitik: Es wird ein Moment geschaffen, der die Abgrenzung zum Rest des politischen Systems ermöglicht. Mit dieser Antipolitik lässt sich an antiparlamentarische Ressentiments und Politikverdrossenheit anknüpfen.

Experten an die Macht

Die durch die AfD vertretene ökonomische Logik steht für eine Intensivierung der neoliberalen Agenda und reiht sich ein in Gesellschaftsvorstellungen, wie der von Margaret Thatcher und ihrem Ausspruch „there is no such thing as society“. Das marktradikale Verständnis der AfD ordnet in letzter Konsequenz alle gesellschaftlichen Bereiche einer ökonomischen Wettbewerbslogik unter. Damit ist sie ein Beispiel für die Gefahren, die von einem Primat des Ökonomischen ausgehen.

Der Philosoph Robert Pfaller beschreibt die AfD als ein Paradebeispiel für das Phänomen, welches er negative Hegemonie nennt. Laut Bebnowski entsteht „(n)egative Hegemonie (...), wenn es politischen Kräften gelingt, den Eindruck zu erwecken, ihr politischer Gegner ist im Besitz der Macht und handelt den Interessen der Bevölkerung bewusst zuwider.“ Mit diesem Bild werden Ressentiments mobilisiert, die weitere Zumutungen ermöglichen. Die AfD polemisiert gegen technokratische PolitikerInnen, die am Volk vorbei regieren, und befördert aber gleichzeitig mit ihrem Anspruch, unideologisch zu sein und lediglich den ökonomischen Sachverstand zu vertreten, eine Tendenz hin zu Technokratismus und politischer Willensbildung durch ExpertInnen. Indem die AfD alles in ökonomische Fragestellungen transferiert, bereitet sie vermeintlichem Expertenwissen den Weg und untergräbt dabei demokratische Grundprinzipien. Kahrs bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt: „Statt ‚Parteiengozänke‘ soll der Expertensachverstand regieren, der professorale, der wirtschaftliche, der technokratische. Das ist weit entfernt vom demokratischen Ideal politischer Gleichheit.“

Dieser Text erschien zuerst in der „Broschüre zur Kritik an der Alternativ für Deutsche“ und steht unter CC-BY-SA-3.0 DE Lizenz.

Neofaschismus in Mecklenburg-Vorpommern

Von Marko Neumann

Mecklenburg-Vorpommern ist eines von zum Glück nur wenigen Bundesländern, in denen neofaschistische Parteien in den Landesparlamenten sitzen. Trotzdem ist die rechtsradikale Szene im Bundesdeutschen Durchschnitt in unserer Region mit am stärksten. Mecklenburg-Vorpommern fungiert als eine Art Modellregion der radikalen Rechten. Nachfolgend findet ihr einige Aspekte der rechtsradikalen Szene in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern.

Autonome Nationalisten vs. Parteigänger?

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen sich die aktionsorientierten, jugendlichen und äußerst gewaltbereiten Autonomen Nationalisten – kurz AN – mit den oft gutbürgerlich auftretenden NPD, DVU und REP Aktivisten geradezu zerfleischen, herrscht in M-V friedliche Einigkeit. Die AN, die sich von ihrer Kleidung, ihren Aktionsformen und ihrem gesamten Auftreten nur auf den zweiten oder dritten Blick von der Autonomen Antifa zu unterscheiden sind, verteilen Flugblätter der NPD, hängen zu Wahlkämpfen deren Wahlplakate auf, sorgen für Personenschutz von NPD-Kandidat_Innen, nehmen an NPD-Aufmärschen teil oder fungieren sogar als Ordner. Im Gegenzug sind Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften in die NPD eingetreten. Birger Lüssow, Landtagsabgeordneter und Mitglied des Rostocker Stadtparlaments für die NPD war vor einigen Jahren noch der führender Kopf der „Aktionsgruppe Frontstadt Rostock“. Bis zur Schließung des rechten Szenegeschäfts, „Dickkoepp“ in der Doberaner Straße, war Lüssow der Ladenbesitzer. Die Verschmelzung verschiedener rechter Strukturen führt zu einer massiven Ballung der rechtsradikalen Kräfte. In jeder Stadt und in jedem größeren Dorf gibt es Gruppen sogenannter Autonome Nationalisten, NPD-Ortsverbände werden ausgebaut, sogenannte „nationale Wohnprojekte“ werden, gerade in Vorpommern, stetig vorangetrieben.

Rechte Musik als Einstiegsdroge.

Musik gilt unter Jugendlichen als identitätsstiftendes Element, das haben Kameradschaften und NPD schon vor Jahren erkannt. So verwundert es dann auch nicht, dass in einer Modellregion wie M-V, der Handel mit rechtsradikalen Musikträgern gerade zu boomt. Wismar, eine neonazistische Hochburg, ist Dreh- und Angelpunkt für rechtsradikale Online Versände Deutschland- und sogar Europaweit. Auch verbotene Platten – zum Beispiel der verbotenen und mittlerweile aufgelösten Berliner Gruppe Landser – werden von Wismar aus verschickt. Fast jedes Wochenende finden irgendwo in M-V, meistens unbemerkt von der Öffentlichkeit und den Ordnungsbehörden, Rechtsrockkonzerte mit meistens mehreren hundert Teilnehmern statt.

NPD und Kameradschaften als „Lückenfüller“ einer perspektivlosen Gesellschaft.

Was die „Modernen Nazis“ attraktiv macht, ist nicht der Punkt, dass Viele ihnen ernsthaft glauben würden, nein – was sie wähl- und annehmbar macht ist Folgendes: es gibt oft niemand anderes. In den Dörfern Vorpommerns findet sich kaum eine aktive Ortsgruppe einer bürgerlichen Partei, dort gibt es auch kaum Freizeitangebote oder Möglichkeiten der Erholung – und die Orte die es gibt, denen werden die finanziellen Mittel gekürzt oder gänzlich gestrichen. Die NPD stößt genau in diese Leere. Mit Kinderfesten, Grillabenden oder Fußballturnieren gewinnen sie Sympathisant_Innen und sogar aktive Mitstreiter_Innen. Wer ganze Landstriche aus den Haushalten streicht, braucht sich dann auch nicht zu wundern, wenn Parteien wie die NPD fast 39 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält. Für viele junge Menschen ist „rechts sein“ einfach auch ein Ausdruck von Coolness, ein Zeichen der Rebellion gegen die ältere Generation.

Und was lernen wir aus dem Ganzen Sch***?

All das ist nur ein kleiner und sehr kurzer Einblick, es gäbe noch viel mehr zu sagen, was neobraune

Rattenfänger in M-V und auch anderswo treiben. Umso wichtiger ist der Ausbau von demokratischen und antifaschistischen Strukturen; gleich welcher Art! Projekte, wie die Novellierung der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ des Vereins „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist_Innen (VVN-BdA)“ oder dem Rostocker Wohnungsprojekt „Alternatives Wohnen in Rostock – AWIRO e.V.“ sind deshalb nötiger als sie es in den letzten 25 Jahren jemals zuvor waren. Die Vergangenheit zeigt, dass ein entschlossenes und gemeinsames Auftreten gegenüber rassistischer, antisemitischer, islamophober und sexistischer Hetze Erfolg haben kann. Neofaschistische Aufmärsche können gemeinsam blockiert oder bereits im Voraus unterbunden, alltagsrassistische Diskriminierungen können eingedämmt und beendet werden, wenn sich eine breite Struktur des antifaschistischen Widerstandes herausbildet. Das solche Erfolge in der Vergangenheit möglich waren und sind, haben wir nur dem Zusammenspiel von progressiven Parteien, Gewerkschaften, Einzelpersonen, antifaschistischen Jugendgruppen, Stiftungen und engagierten Vereinen zu verdanken. Partei- und ideologieübergreifende Bündnisse sind nötig, wenn wir das weitere Erstarken neofaschistischer Organisationen – egal ob Verein, Partei, Kameradschaft oder autonome Gruppe – verhindern wollen.

Was kann und soll ein NPD-Verbot leisten? Ein Kommentar zu einer nicht enden wollenden Debatte

Von Benjamin Harms und Marko Neumann

Kritiker*innen eines NPD-Verbots unterstellen den Befürworter*innen häufig, mit einem Verbot neofaschistischer Parteien die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ersetzen zu wollen. Doch ist das so? Was kann und soll ein NPD-Verbot leisten?

Seit der Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) im Jahr 1964 fordern unter anderem Parteien und Verbände immer wieder ein Verbot dieser Partei. Die Debatte über das Für und Wider eines NPD-Verbots ist daher fast genauso alt wie die Partei selbst. Auffällig bei dieser seit Jahrzehnten andauernden Diskussion ist allerdings die Art, wie sich Befürworter*innen und Gegner*innen eines Verbots gegenseitig zuhören: nämlich fast garnicht. Besonders die Kritiker_innen eines Parteienverbots gehen in der Regel garnicht auf die Argumente, welche ein Verbot neofaschistischer Parteien positiv erscheinen lassen, ein oder verdrehen sie schlichtweg.

Kurze Geschichte der NPD

Die NPD ging Mitte der 1960er Jahre unter anderem aus der „Deutschen Reichspartei“ und der „Deutschen Partei“ hervor. Die NPD sollte nicht zuletzt ein Sammelbecken für versprengte Rechtsextremist_innen werden, um eine Zusammenfassung des (neo)faschistischen Potenzials in der damaligen Bundesrepublik zu erreichen. Der Aufstieg der neuen rechten Sammelpartei war einmalig für die Nachkriegsgeschichte. Bei den Bundestagswahlen 1965 erlangte die Partei bereits zwei Prozent der abgegebenen Stimmen und zog in den darauffolgenden Jahren in einem halben dutzend Landesparlamente ein. Erst nach dem Einzug in den Landtag Baden-Württembergs ebden die Erfolge der NPD ab. Der allgemein erwartete Sprung in den Bundestag verfehlte die Partei 1969 mit 4,3 Prozent knapp. Danach schaffte es die NPD bis zu ihrem Einzug ins sächsische Parlament 2004 nicht mehr, größere Wahlerfolge zu erzielen.

Erst die Wiedervereinigung holte die NPD aus ihrem fast ein viertel Jahrhundert andauerndem Tief. Die zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern war der ideale Nährboden für rassistische Ressentiments. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt legte die Partei ihren Schwerpunkt zunehmen auf soziale Probleme der Menschen und traf damit vor dem Hintergrund der Agenda2010 genau den Nerv vieler Menschen. Mittlerweile ist

die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern fest etabliert – sie sitzen zwei Legislaturperioden nacheinander in den Landtagen. Ein Novum für die Partei bis dahin.

NPD-Verbot: Ja? Nein? Vielleicht?

Immer wieder wird behauptet, ein NPD-Verbot wäre sinnlos, allein schon aufgrund der engen Verzahnung der Partei mit den sogenannten „Freien Kameradschaften“, also losen Zusammenschlüssen ohne juristisch (an)greifbare Struktur, ein Wegbrechen der Parteigliederungen die Aktivitäten der Nazis kaum beeinträchtigen würde. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Die Kameradschaften könnten in weiten Teilen überhaupt nicht agieren, wenn sie nicht Parteistrukturen (mit)nutzen könnten. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern – also einer Hochburg der Neofaschist_innen – ist eine Symbiose zwischen Partei und „Freien Kräften“ festzustellen. MV gilt als eine Modellregion für die rechte Szene, ein Modell, welches bereits in anderen Bundesländern exportiert wird. Über die Partei bekommen rechte Strukturen Geld (nicht zuletzt aus Steuermitteln), Jobs, Infrastruktur und die Möglichkeit scheinbar legal in der Öffentlichkeit zu agieren.

„Verbote lassen Rassismus nicht verschwinden!“ - Das behauptet auch niemand.

Sicher, rassistische Ressentiments und Vorurteile verschwinden durch ein Verbot von neofaschistischen Organisationen nicht. Aber auch dies behauptet niemand der Befürworter*innen ernsthaft. Durch den Wegfall staatlicher Finanzierung und Legitimität kann ein erster Schritt zur besseren Aufklärung gegen Rassismus, „Fremden“feindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen sein. Ein Verbot der NPD ist damit nicht das Ende des Kampfes gegen Rechts, sondern der Anfang. Die Unterstellung, eine Auflösung neonazistischer Gruppierungen, gleich welcher Art, würde das Problem der Fremdenfeindlichkeit beheben, ist schlicht irrational und wird scheinbar nicht selten zur Delegitimierung der Verbotsbemühungen, besonders aus dem (rechts)konservativen Lager, benutzt.

Eine politische Lösung finden oder recht behalten wollen – Worum geht es hier?

Die Debatte um ein NPD-Verbot zeigt beispielhaft, wie verbissen politische Diskussionen geführt werden können. Dabei vergessen viele oft, dass es in der politischen Auseinandersetzung niemals darum gehen darf, Recht zu behalten, nur um Recht zu haben. Es geht um die Findung von Lösungen von Problemstellungen in unserer Gesellschaft. Das Wegbrechen der bundesweit größten neofaschistischen Organisation in der Bundesrepublik schwächt die Naziszene für mehrere Jahre, Zeit die es zur Aufklärung zu nutzen geht. Solche Aufklärung kann aber nicht in Parlamenten oder Ausschüssen erfolgen, sondern sie muss in den Dörfern und Städten stattfinden. Der direkte Bürger*innenkontakt ist dazu notwendig. Aber vllt. haben viele der Politiker*innen die Vorstellung politischen Handelns MIT den Menschen als Modell bereits aufgegeben – das könnte zumindest die verkürzte Kritik an einem NPD-Verbot und die Unfähigkeit des Erkennens des nötigen Zusammenspiels zwischen institutionellem Agieren und der Graswurzelarbeit direkt bei der Bevölkerung – erklären.

Bild nächste Seite: *Weibliche Neonazis während eines Neonazi-Aufmarsches in Braunschweig – die rechtsextreme Szene erhält immer mehr Zuwachs durch Frauen. (Fotoquelle: Recherche nord)*

Frauen in der neofaschistischen Szene: „Auf die sanfte Tour“

Von Andrea Röpke

Längst sind junge Mädchen und Frauen in der Neonazi-Szene angekommen. Sie treiben die menschenverachtende Ideologie mit voran, übernehmen politische Mandate und werden von den extrem Rechten auch strategisch eingesetzt, um mehr Akzeptanz zu gewinnen.

Die Stimmung war aufgeladen. Rund 500 Berliner Bürger hatten sich am 9. Juli 2013 zwischen Plattenbauten und Tennisplatz im Ortsteil Hellersdorf versammelt, um mit Behördenvertretern über eine geplante Unterkunft für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge in ihrem Berliner Quartier zu diskutieren.



Eine Gruppe organisierter Neonazis mischte sich unter die Anwohner. "Nein zum Heim" trugen einige der jungen Männer auf weißen Shirts. Äußerungen wie "anzünden" oder "Wer sein Heimatland verlässt, ist ein Verräter!" fielen. Ein Verantwortlicher des Berliner Senats, der die Veranstaltung moderierte, ließ aufgebrachte Anwohner teils wütende Statements abgeben. Dem Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke jedoch wurde das Mikrofon verweigert. Damit hatte dieser wohl gerechnet. Sein Gesicht ist öffentlich - das einer radikalen Weggefährtin dagegen weniger. Die zierliche Maria Fank trat nach vorne. Der jungen Frau mit der asymmetrischen Kurzhaarfrisur und den tätowierten Armen wurde Rederecht gewährt, und sie legte los, natürlich gegen die Einrichtung des Flüchtlingsheimes.

Nicht alle Anwesenden erkannten in der redegewandten Anheizerin die Berliner Chefin des "Ring Nationaler Frauen" (RNF), einer NPD-Unterorganisation. Maria Fank, Jahrgang 1989, Auszubildende in der ambulanten Pflege, ist eine der aktivsten Neonazistinnen in der Hauptstadt sowie Schmidtkes Lebensgefährtin und Mutter des gemeinsamen Kindes. Ihr kam die Rolle zuteil aufzuhetzen, anzustacheln und Parolen einzupeitschen. Eine derartige Stimmung wie an diesem Tag des Bürgerprotests in Marzahn-Hellersdorf habe er nicht mehr erlebt, seit die Flüchtlingswohnungen in Rostock-Lichtenhagen brannten, berichtete der Fotograf Christian Ditsch später im Internet. Veranstaltungsteilnehmer, die Verständnis für die Aufnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge äußerten, wurden einfach niedergebrüllt.

Immer wieder gelingt es Neonazis sich bei Ansammlungen gegen Migranten oder Kundgebungen gegen Pädophile dank unauffälliger Aktivistinnen zu profilieren. Bullige Neonazis fallen ins Auge, ihre rechten Kameradinnen eher nicht. In aller Ruhe konnte sich die Berlinerin Maria Fank im Anschluss an die Bürgerversammlung als NPD-Anführerin zu erkennen geben. Gemeinsam mit NPD-Chef Schmidtke hielt sie ein rotes Transparent mit der Aufschrift "Asylantenheim – Nein Danke". Die Strategie hinter derartigen Auftritten rechter Frauen ist durchschaubar: Die meist jungen Frauen werden zunächst als Bürgerinnen wahrgenommen, die empört Position beziehen. Stellt sich anschließend heraus, dass man es mit einer NPD-Aktivistin zu tun hatte, ist die Hemmschwelle gegenüber der rechtsradikalen Frau bereits gesunken. Man kennt sie ja schon.

Als freundliche "Mütter von nebenan" verbinden Neonazistinnen verstärkt Politisches mit Privatem.

Zum Leben für die "nationale Sache" gehört für die politischen Überzeugungstäterinnen die bewusste ideologische Indoktrination von Lebensalltag, Kindererziehung und Ehrenamt. Dieser Strategiewechsel, den die NPD derzeit hin zu sozialen Themen und lokaler Etablierung vollzieht, wird vom "Ring Nationaler Frauen" aktiv mitgetragen. RNF-Chefin Maria Fank konnte am 24. August 2013 in Hellersdorf Klartext sprechen: "Wir müssen bereit sein, Opfer zu bringen. Opfer für unsere Kinder, Opfer für unser Volk, das deutsche Volk, Opfer für unsere Sicherheit und Opfer für unsere Freiheit, und zwar für die Freiheit des deutschen Volkes, keiner anderen Völker."

Auch Frauen können ein gefestigtes, rassistisches Weltbild haben

Weibliche Neonazis sind nicht weniger fanatisch als die Männer. Fank fordert beispielsweise ein Abtreibungsverbot für deutsche Frauen und ein "Muttergehalt" für "Abstammungsdeutsche". Aber die rechten Frauen werden häufig nicht als Überzeugungstäterinnen mit einem gefestigten rassistischen Weltbild wahrgenommen. Mit der Hauptangeklagten Beate Zschäpe im Münchener Terror-Prozess ist inzwischen eine Frau in die Öffentlichkeit gerückt, deren Hauptaufgabe es war, die grausamen Verbrechen der Terrororganisation "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) zu tarnen. Der gesicherte Rückzugsraum in Zwickau bot der Terrorzelle die Möglichkeit, zehn Morde, zwei rassistische Bombenanschläge und 15 Raubüberfälle zu begehen. Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe spricht in ihrer Anklageschrift von einer "sozialen Legendierung". Zschäpes tragende Rolle im 13 Jahre währenden Untergrund des NSU sei die Vorspiegelung einer geregelten bürgerlichen Existenz gewesen. Ihr politischer Fanatismus, ihr frühes Faible für Waffen und die Bereitschaft, noch nach dem Tod ihrer Mitstreiter die schrecklichen Bekenner-Videos des NSU mit den blutigen Tatortfotos abzuschicken, verstärken den Hinweis auf ein gemeinsames taktisches Vorgehen.

Zschäpe ist kein Einzelfall. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es in der Vergangenheit immer auch Frauen in den Reihen militanter Neonazigruppen gegeben, wie z.B. bei der "Wehrsportgruppe Hoffmann", den "Deutschen Aktionsgruppen" oder der 2003 enttarnten terroristischen "Kameradschaft Süd" in München. Zu deren "Kerngruppe", die Sprengstoff und Waffen hortete, zählten drei junge Frauen, die allesamt als Mitläuferinnen vor Gericht davongingen.

Überzeugungen extrem rechter Frauen werden oft verharmlost

"Das übliche Klischee von der unpolitischen Frau wird unreflektiert reproduziert", warnt Michaela Köttig, Professorin an der Fachhochschule Frankfurt und Mitbegründerin des "Netzwerk Frauen und Rechtsextremismus". Extrem rechten Frauen wird schnell eine feste Überzeugung abgesprochen, sie wurden Jahre lang verharmlost. Die Expertin betont, dass mit den gängigen Klischees Neonazistinnen wie Zschäpe in doppelter Weise "unsichtbar" gemacht werden. "Frauen haben nach dieser Logik zum einen keine politische Überzeugung, und wenn, dann keinesfalls eine so gewalttätige wie die männlichen Neonazis"

In dieser Männerbastion sind reine Frauengruppen eine Seltenheit. Vor rund 20 Jahren gründete sich die "Skingirlfront Deutschland", die noch heute unter dem Namen "Gemeinschaft Deutscher Frauen" (GDF) aktiv ist. Die "Skingirlfront" galt als erste, von Männern unabhängige Frauenorganisation innerhalb der extremen Rechten nach 1945. Als GDF propagiert die in mehreren Bundesländern aktive Gruppe vor allem den weiblichen Kameradschaftssinn unter deutschen "Mutterfrauen", wie sie sich nennen. Auf der Homepage der "Gemeinschaft Deutscher Frauen" hieß es: "Ihr wollt dienen und damit unserem geliebten Volk (ob es noch schläft oder nicht) helfen."

In den vergangenen Jahren haben sich Mädchen und Frauen verstärkt der NPD, den Kameradschaften und den Autonomen Nationalisten zugewandt, ihr Anteil wird auf rund zwanzig Prozent geschätzt. Schon 2006 reagierte die NPD auf diesen Zulauf: In Sotterhausen in Sachsen-Anhalt gründeten 31 Frauen den "Ring Nationaler Frauen", der heute eine Unterorganisation der NPD ist und zu dem rund 100 politische Multiplikatorinnen zählen. In einer Gründungserklärung hieß es: "Wir wollen die Frauen ermutigen, durch die Übernahme von Mandaten das Medienklischee des 'dumpfen Nazis' weiter aufzuweichen." Keine erfolglose Strategie, denn in der Nachbarschaft, beim

Einkaufen oder Kinderabholen gelingt es Frauen "der nationalen Bewegung" leichter, gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen und ihre gefährliche Ideologie auf die „sanfte Tour“ zu verbreiten. Stolz verkündete der "Ring Nationaler Frauen" auf seiner Homepage, man werde das "Geschehen an der Parteispitze" nun mitgestalten: "antifeministisch, traditionsbewusst und volkstreu". Bundesweit aktive Neonazi-Frauen tragen die verordnete Rolle mit, propagieren die "naturgegebene Verpflichtung" als deutsche Mutter, auch wenn sie als moderne Pop-Nazis in schwarzer Kleidung oder buntem Outfit auftreten.

"Inzwischen wissen die Rechtsextremen, wie erfolgreich die Strategie der kulturellen Subversion ist", warnt Prof. Dr. Dierk Borstel, Politikwissenschaftler der Universität Dortmund. Wenn Rechtsextremisten gegen Hartz IV demonstrieren, sich in Elterninitiativen engagieren oder Hausaufgabenhilfe anbieten, können sie sich vor allem in strukturschwachen Regionen als zivilgesellschaftliche Aktivisten in Szene setzen und Ressentiments abbauen. Noch sind Frauen als Rednerinnen und offen auftretende Protagonistinnen die Ausnahme, doch sie werden immer selbstverständlicher. Immer mehr Aktivistinnen wie Maria Fank gelingt es sich zu etablieren. Selbst bei der größeren NPD-Kundgebung am 1. Mai 2013 in Berlin durfte die Hardlinerin auf die Bühne treten und mit Joseph Goebbels, Hitlers Propagandaminister, so ganz nebenbei eine für sie "ehrentvolle Person" der Zeitgeschichte loben.

Trotz neuem Selbstbewusstsein: Nach wie vor gilt das Frauenbild des Nationalsozialismus

Extrem rechten Frauen stehen inzwischen beide Optionen offen: Sich selbstbewusst für nationalistische Politik in der Öffentlichkeit zu engagieren oder tatsächlich nur im Sinne der "Gemeinschaft Deutscher Frauen" mit der Erziehung von „drei bis fünf“ Kindern die "nationale Sache" zu stärken. Das neue Selbstbewusstsein ist gepaart mit dem Bemühen, den Spagat zwischen moderner Gesellschaft und nationalsozialistischer Ideologie hinzubekommen. Insgesamt herrscht bei der NPD, den Freien Kräften und den Autonomen Nationalisten nach wie vor ein traditionsbewusstes Rollen- und Geschlechterverständnis vor. Es wird von den extrem rechten Frauengruppen selbst gepflegt. Als Orientierung dient das Frauenbild aus der Zeit des Nationalsozialismus mit seinen Tugenden: totale Pflichterfüllung für Volk und "Führer", Opferbereitschaft sowie die Bewahrung der eigenen "Rasse". Die Parole "Du bist nichts, dein Volk ist alles!" kennen auch die NPD-Frauen bestens. Die weiblichen Mitglieder der Szene bewegen sich heute zwischen einem vermeintlich modernen Selbstverständnis von Frauen wie Maria Fank und einem am "Bund Deutscher Mädels" angelehnten Rollenbild.

Allerdings haben sowohl emanzipatorische Frauenbewegung als auch die antiautoritäre Erziehung Spuren hinterlassen: "Frauen bringen sich hier politisch ebenso ein wie Männer, und das tut den Männern hier genauso weh oder gut wie überall anders auch“, heißt es zum Beispiel auf einer Homepage des "Ring Nationaler Frauen". Und weiter: "Daß die Frau an sich im politischen Wollen unserer Partei eine herausragende Rolle spielt, ist selbstverständlich unanfechtbar. Ziel des ganzheitlichen Bewußtseins, das den politischen Positionen der NPD zugrunde liegt, ist die geistige und körperliche Gesunderhaltung, die Wiederherstellung des Wohles unseres Volkes, das sich in schlimmster degenerierter Auflösung befindet".

Tatsächlich erkämpfen sich extrem rechte Aktivistinnen unter den argwöhnischen Augen mancher männlicher Kameraden politische Freiräume. Die 52-jährige Gitta Schüßler ist eine der wenigen Frauen, die es bis an die Spitze geschafft haben – und sich halten. Die Zwickauerin sitzt seit zwei Legislaturperioden für die NPD im sächsischen Landtag. Sie ist die einzige weibliche Abgeordnete, verfügt über eine solide politische Hausmacht. In ihrem Umfeld tummeln sich weitere weibliche NPD-Stadträte, wie in Chemnitz oder Zittau. Selbstbewusst sagt die Kauffrau und ehemalige Bundesvorsitzende des RNF in einem Internetinterview: "Frauen können genauso gut politisch arbeiten wie die Männer. Es gibt ja immer noch relativ wenig Frauen in nationalen Kreisen, aber die da mitarbeiten, werden durchaus beachtet. Sie bekommen auch beizeiten Funktionen übertragen. Ich seh da keinen großen Unterschied zu den Männern. Energische Frauen haben da durchaus eine Chance, im Mittelpunkt zu stehen."

Im Vorstand der NPD jedoch spielen NPD-Aktivistinnen nur eine unwesentliche Rolle. Lediglich als Kommunalpolitikerinnen behaupten sie sich zunehmend. So wurden von den mehr als 300 errungenen Mandaten vor allem in den neuen Bundesländern zahlreiche mit Frauen besetzt. Auswertungen von Wahlergebnissen haben gezeigt, dass sie bei Wahlen oft erfolgreicher sind. Um die gesellschaftliche Akzeptanz voranzutreiben, setzt die demokratiefeindliche Partei bewusst Frauen als Eyecatcher ein.

Eine solche Rolle spielt auch die NPD-Frau Ricarda Riefling. Die 29-Jährige trägt ein gut sichtbares Pistolentattoo über der Brust und sagte schon mal Sätze wie "Ulrike Meinhof ist eine Frau, die ich bewundernswert finde" – weil die Mitbegründerin der "Roten Armee Fraktion" eine "Überzeugungstäterin" sei. Im Partei-Videoclip für den Wahlkampf der NPD spielt Riefling die treusorgende Mutter, sie kann aber auch wütend bei Kundgebungen ins Mikrofon brüllen oder geduldig die Anhängerschar mit nationalistisch besetzten sozialen Themen schulen. Als familienpolitische Sprecherin des NPD-Bundesvorstandes trat die geborene Niedersächsin beim Stammtisch im Raum Rhein-Neckar auf. Als sie von ihren beiden akademischen Graden in Ernährungs- und Kulturwissenschaften berichtete und ankündigte, ein Masterstudium aufzunehmen, war die Stimmung im Raum verhalten. Erst als sie sich als Mutter von "bald fünf Kindern" zu erkennen gab, kam zur Belohnung lautes Klatschen. Worin sich zeigt: Vor allem aus ihrer Rolle als "deutsche Mütter" schöpfen Nationalistinnen Anerkennung. Selbst sehr konservative Kameraden billigen deren Unterstützung im Kampf gegen den propagierten deutschen "Volkstod". Führende RNF-Frauen fordern ihre rechten Gesinnungsgenossinnen daher dazu auf, für mehr Nachwuchs zu sorgen.

Die "braune Familie" rückt strategisch zunehmend in den Mittelpunkt

Auch in der braunen Erlebniswelt wird die "rechte Familie" zunehmend stärker beachtet: Rechtsrock-Konzerte werden zu Familienevents mit Musikhetze, Kinderbetreuung und Hüpfburgen. Beim Dosenwerfen werden die Dosen zuvor in den Farben des Deutschen Reiches, schwarz, weiß und rot, angemalt. Kinder tragen Shirts mit der Aufschrift "Arisches Kind" und wippen im Takt zu Liedern, die ihre Eltern mitgrölen. Kinder stecken für die NPD auf Wahlplakaten die Zunge heraus, daneben der Spruch: "Ätsch noch immer nicht verboten – Mitgliedsausweis sichern: NPD". Je intensiver die Frauen involviert sind, um so betroffener ist auch der Nachwuchs.

Propagiert wird eine heile, rechte Welt - und ein traditionelles Familienbild. Anfang 2012 soll es in Rieflings Ehe zu häuslicher Gewalt gekommen und die Eltern, einer Polizeimeldung zufolge, aufeinander losgegangen sein. Eine verängstigte Tochter rief per Notruf zu Hilfe. Solche Vorfälle werden tabuisiert. Riefling zog mit ihren Kindern nach Rheinland-Pfalz, doch ihren Kameraden schwärmt die geschulte Neonazistin immer noch von einem "intakten Volk durch intakte Familien" vor. Obwohl das für sie selbst wohl nicht mehr gilt.

Dieser Text erschien zuerst auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de) und steht unter und steht unter CC-BY-SA-3.0 DE Lizenz.

Bild Seite 15: Eine Auswahl des Materials zu unserer aktuellen Kampagne „Stop them all – Nazis und Rechtspopulist*innen entgegentreten“. Bestellt euch die Sticker, Plaakte, Flyer, Broschüren usw. per Mail unter [infonordost \[ätt\] systemausfall \[punkt\] org](mailto:infonordost@ätt.systemausfall.punkt.org).

Literaturtipp: „Frauen und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“

Der Verein „Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V.“, der aus dem Projekt „Lola für Ludwigslust“ hervorgegangen ist, richtet seit 2008 den Blick auf ein lange übersehenes Phänomen. Lange bevor in öffentlichen Debatten dezidiert aufgegriffen wurde, welche Rollen und Funktionen Frauen im Rechtsextremismus einnehmen, setzte sich „Lola für Lulu! für eine geschlechterreflektierende Perspektive in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für demokratische Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Frauen, die sich in neonazistischen Szenen engagieren, werden häufig mit ihren rechtsextremen Positionen und den entsprechenden Motiven ihres Handelns übersehen. Beate Zschäpe ist hierfür ein aktuelles Beispiel. Sie war Mitglied der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), der sie sich 2011 selbst enttarnte. Die Gruppe wird verantwortlich gemacht für neun Morde an migrantischen Kleinunternehmern und einer Polizistin. Unter den Opfern befindet sich auch Mehmet Turgut, den die Mitglieder der Terrorgruppe am 25. Februar 2004 in Rostock ermordeten. Die Erkenntnislage zum Wirken des NSU in Mecklenburg-



Vorpommern ist brüchig, bekannt ist jedoch, dass das Trio hier mehrmals Ferien machte, Banken ausraubte und in die rechtsextreme Szene vernetzt war.² Die Analysen des Gerichtsprozesses, der seit 2013 gegen Zschäpe und vier weitere Angeklagte geführt wird, zeigen, dass Polizei und Verfassungsschutz in mehreren Fällen Aktivitäten von Zschäpe und anderen Neonazi-Frauen wesentlich unterschätzt und ausgeblendet haben.³ Hier wurden Chancen vertan, den NSU aufzudecken, Morde zu verhindern. Auch in der Medienberichterstattung über Zschäpe wird deutlich, dass die Wahrnehmung oft durch Stereotype beeinträchtigt ist, beispielsweise durch Bilder über die angebliche Friedfertigkeit von Frauen und über ihr angebliches politisches Desinteresse.⁴ Beispielhaft ist erkennbar, inwiefern die ideologische Überzeugung einer Frau, ihr politisches Engagement in der rechtsextremen Bewegung und ihre Gewaltbereitschaft in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen weitgehend unbeachtet bleiben.

Wie ist die Broschüre aufgebaut? Zu Beginn des Heftes wird der Blick auf die Ausprägung rechtsextremer Szenen in Mecklenburg-Vorpommern gerichtet und die verschiedenen Rollen, die Frauen hier einnehmen. Um dem Vorurteil zu begegnen, dass es sich um ein Problem handelt, das aus Westdeutschland gekommen sei, wird kurz auf die Entwicklung des Phänomens in der DDR eingegangen. Mehrere Überblicksartikel beschreiben anschließend, wie Neonazis die Themen „Gleichstellung und Feminismus“ als Feindbilder aufgreifen, welche Rollen und Funktionen Frauen in der NPD einnehmen und welche Strategien sie im Internet verfolgen. Weitere Artikel beleuchten, inwiefern verschiedene Themen von rechtsextremen Frauen aufgegriffen und strategisch verfolgt werden: die Bereiche Erziehung und Familie, Brauchtum und Umweltschutz, demografischer Wandel, sexueller Missbrauch, Sport und Vereinsarbeit. Abschließend sind Informationen und Beratungsstellen, die Unterstützung beim Umgang mit Rechtsextremismus bieten, aufgeführt.



„Stop them all!“ - Jetzt Material bestellen!

Anlässlich der Landtagswahlen im September haben wir unser Kampagne „Stop them all – Nazis und Rechtspopulist*innen entgegentreten!“ gestartet und Material produziert. Neben drei Themenflyer und verschiedenen Aufklebern haben wir einen Reader zum Umgang mit der „Alternative für Deutschland“ erstellt. Bestellt euch das Material gegen eine Spende! Meldet euch dazu per Mail unter *inonordost [ätt] systemaus [punkt] org* oder bei Facebook unter 'portalnordost'.

----- Keine Anzeige -----

Was tun wenn´s brennt?



Ab jetzt kein Wort mehr!

Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft!
Keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen!



ROTE HILFE E.V.
Bundesgeschäftsstelle,
Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

www.rote-hilfe.de ★ www.aussageverweigerung.info

----- Keine Anzeige -----

T-Shirts ★ ★ ★
★ ★ **Girlies** ★ ★ **Kapus**
bedruckt und unbedruckt

über 1000 Button Motive
Buttonproduktion
auch Kleinstauflagen

www.roter-shop.de